



Statement

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**anlässlich der Veranstaltung „Internationaler Terrorismus – Wie
gefährdet sind wir“ der Hanns Seidel Stiftung**

am 30. September 2016

in Goldkronach

Terrorismus ist das Übel unserer Zeit. Die Terroristen wollen unsere offene Lebensweise zerstören. Deshalb muss die gesamte zivilisierte Welt dem Terror entschieden entgegentreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Angst vor dem Terror unser Leben bestimmt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von verschiedenen international ausgerichteten jihadistischen Organisationen weiterhin als Gegner wahrgenommen und steht in deren erklärtem Zielspektrum. Es besteht kein Zweifel an dem ungebrochenen Willen, jede sich bietende Gelegenheit für islamistisch motivierte Gewalttaten zu nutzen. Sowohl für das Bundesgebiet als auch für deutsche Interessen in verschiedenen Regionen der Welt besteht eine anhaltend hohe abstrakte Gefährdung, die sich jederzeit in Form von gefährdungsrelevanten Ereignissen bis hin zu terroristischen Anschlägen und Entführungen konkretisieren kann.

Der anhaltende Konflikt in Syrien sowie die seit Jahren angespannte Lage im Irak wirken sich nach wie vor maßgeblich auf die Sicherheitslage in der Region, der Europäischen Union sowie in weiten Teilen der Welt aus. Die Anziehungskraft auf radikalisierte Personen des islamistischen Spektrums ist weiterhin ungebrochen. Der sog. ISLAMISCHE STAAT stellt weiterhin die dominierende und operativ stärkste jihadistische Organisation in der Konfliktregion Syrien und Irak dar, wenngleich er in verschiedenen Regionen zunehmend unter Druck gerät. Die Organisation besitzt vor Ort die Einrichtungen, in denen Personen adäquat und speziell für Operationen im westlichen Ausland geschult werden können. Zudem verfügt sie über Freiwillige für derartige Vorhaben.

Neben dem sog. ISLAMISCHEN STAAT ist dem AL-QAIDA-Netzwerk trotz eingeschränkter operativer Fähigkeiten von Kern-AL-QAIDA der Anspruch zu unterstellen, groß angelegte terroristische Operationen gegen westliche Ziele durchführen zu wollen. Die verfestigte Konkurrenzsi-

tuation und die erfolgreichen operativen Aktivitäten des sog. ISLAMISCHEN STAATES haben den Handlungsdruck auf das AL-QAIDA-Netzwerk weiter erhöht.

Es besteht unverändert die Gefahr, dass sich Einzelpersonen oder autonom agierende Gruppen aus vermeintlich religiösen oder ideologischen Gründen – auch auf Grund der Propaganda islamistischer Organisationen – zur Planung und Durchführung terroristischer Taten verpflichtet fühlen.

Rückkehrer mit einer militärischen Ausbildung oder Kampferfahrung sowie Personen, deren Ausreise in ein Jihadgebiet gescheitert ist oder verhindert wurde, stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar.

Die Nutzung von einfach zu beschaffenden, zu lagernden und einzusetzenden Tatmitteln wie Schusswaffen oder sonstige gefährliche Gegenstände hat weiter an Bedeutung gewonnen. Der Einsatz von gut ausgerüsteten und in mehreren mobilen Zellen agierenden Attentätern, die mit einem hohen Grad an Professionalität mehrere Ziele verschiedener Kategorien entweder nahezu simultan oder über mehrere Tage zeitversetzt angreifen, muss einkalkuliert werden.

Hierfür können neben Schusswaffen und Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBVen) auch gezielt Selbstmordattentäter zum Einsatz kommen.

Der internationale Terrorismus wird schon lange nicht mehr nur polizeilich oder militärisch bekämpft.

Die Durchführung der Taten in Paris und Brüssel zeigt, dass sich die operative Verantwortung auch auf kleinere Gruppen verlagert, die vor Ort eigenständig handeln, aber international vernetzt sind oder im Auftrag morden. Nur wenn die Sicherheitsbehörden genug über solche Gruppen

und deren Unterstützer wissen, können sie wirksam gegen sie vorgehen und unsere Bevölkerung ausreichend schützen.

Terrorismusbekämpfung ist damit heute nicht nur eine Frage militärischer Kraft, polizeilicher Strafverfolgung, sondern vor allem auch ein Wettlauf des Wissens. Die Festnahme drei verdächtiger Terroristen am 13. September 2016 in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zeigt, dass wir wachsam bleiben müssen.

Unsere Aufgaben lauten:

- Radikalisierung verhindern
- Netzwerke aufklären,
- Ermittlungsverfahren führen,
- Strafverfolgung ermöglichen,
- Anschläge verhindern.

Kein Land der Welt wird diese Aufgaben alleine meistern können - dennoch: Sicherheit beginnt bei uns zu Hause, sie endet dort aber nicht.

Unsere Polizistinnen und Polizisten sind zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der weiteren Sicherheitsbehörden das Rückgrat der Sicherheit in Deutschland.

Schon nach der bisherigen Beschlusslage werden wir allein in dieser Legislaturperiode insgesamt über 4.600 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes bekommen - davon alleine 3.250 für die Bundespolizei. Dazu kommen im Zeitraum von 2015 bis 2020 über zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln.

Angesichts der gegenwärtigen Lage prüfen wir derzeit, wo wir weitere Mittel und weiteres Personal bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz brauchen. Wir prüfen den Bedarf auch und vor allem bei Stellen, die sicherheitsrelevante

Technik betreiben oder absichern. Das BMI ist hierzu bereits mit dem BMF in Kontakt. Das BMI strebt zusätzliches Personal in mittlerer vierstelliger Größenordnung über mehrere Jahre an.

Deutschland ist im Kampf gegen den internationalen Terrorismus alles in allem gut aufgestellt und es sind in dieser Legislaturperiode bereits wichtige Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit erfolgt:

- Mit dem Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes 18. Dezember 2014 haben wir die Antiterrordatei erweitert und analytisch nutzbar gemacht.
- Mit dem Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten vom 12. Juni 2015 haben wir Auslandsreisen zu terroristischen Zwecken unter Strafe gestellt.
- Mit dem Gesetz zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises vom 20. Juni 2015 haben wir den Entzug des Personalausweises ermöglicht, um Ausreisen von Jihadisten und Gefährdern effektiver zu unterbinden.
- Mit Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes vom 17. November 2015 haben wir die Verfassungsschutzreform voran gebracht, speziell durch Stärkung der Zentralstellenfunktion des BfV und durch Ausbau des Nachrichtendienstlichen Informationssystems zum Wissensverbund, indem die relevanten Informationen zusammengeführt und übergreifend analytisch auswertbar werden.

Auch das Thema des Vertrauensleuteinsatzes haben wir praxisgerecht geregelt:

- Das BKA haben wir in diesem Sommer in einer umfassenden Organisationsreform neu aufgestellt und hierbei insbesondere Ermitt-

lungs-, Auswertungs- und Gefahrenabwehrkompetenzen insbesondere in den Bereichen islamistischer Terrorismus und Organisierte Kriminalität gestärkt.

- Durch die Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes kann die Aufklärung von Reisebewegungen, Kommunikations- und Finanzbeziehungen und terroristischen Netzwerken weitere fünf Jahre fortgeführt werden.
- Tathintergründe und Netzwerksstrukturen können wir inzwischen durch die Wiedereinführung der sog. Vorratsdatenspeicherung besser aufklären.
- Weil Wissen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus Macht ist, haben wir mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die internationale nachrichtendienstliche Zusammenarbeit verbessert und Maßnahmen gegen die verschleierte Nutzung von Prepaid-Karten ergriffen.
- Gute Integration ist gute Sicherheitspolitik: Am 6. August 2016 ist das erste Integrationsgesetz des Bundes in Kraft treten.

Auch in Europa haben wir den Informationsaustausch gravierend verbessert:

- Wir können im Schengener Informationssystem deutlich mehr und gezielter ausschreiben.
- Die Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) bei Europol Anfang des Jahres war ein wichtiger Schritt. Deutschland gehört zu den fünf Hauptzulieferern zu den einschlägigen Europol-Datenbanken. Der Austausch hat sich innerhalb nur eines Jahres vervielfacht

- Schließlich wurden in dieser Legislaturperiode konsequent die Sicherheitsbehörden des Bundes massiv verstärkt: Wir werden im Laufe der Legislaturperiode insgesamt über mindestens 4.600 neue Stellen verzeichnen können. Das sind enorme zusätzliche Mittel.
- Die Bundespolizei erhöht mit neuen robusten Einheiten "BFE+" (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit plus) ihre Reaktions- und Durchhaltefähigkeit im Falle eines terroristischen Anschlags.

Europa und Deutschland sind durch den internationalen Terrorismus bedroht. Das ist ernst und kein Anlass für parteitaktische Spielereien. Das ist auch kein Anlass zur Panikmache, für Aktionismus, ebenso wenig für Verharmlosung.

Es gibt keine Garantie in Deutschland vor einem großen Terroranschlag verschont zu bleiben. Aber es gibt den Auftrag an uns alle, das uns Mögliche zu tun, damit es dazu nicht kommt.